

E: 24.10.16
Sc



Rechtsanwälte



Regionalausschuss Rahlstedt
Vorsitzende des Ausschusses
Frau Marlies Riebe

Schloßstraße 60
22041 Hamburg



Hamburg, den 19.10.2016

- Bitte stets angeben -

**Eingabe an den Regionalausschuss Rahlstedt sowie an den
Verkehrsausschuss (WVA) der Bezirksversammlung Wandsbek vom 14.06.2016
wegen
Planungsvorhaben: Sanierung/Umbau der Meiendorfer Straße in Hamburg-
Rahlstedt;
Ihre Sitzungen am 07.07., 01.09., 07.09., 28.09. und 06.10.2016**

Sehr geehrte Frau Riebe,
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,

in vorbezeichneter Angelegenheit haben sich sehr viele Anwohner in der Meiendorfer Straße mit einer schriftlichen Eingabe an Sie gewandt. Die Anwohner kritisieren u.a. die Verlegung der Bushaltestellen vom bisherigen Ort, Höhe Schneehuhnkamp, vor die Sackgasse und vor die Reihenhausbebauung in der Meiendorfer Straße.

Mit der Verlegung sind erhebliche Kosten/Steuer Gelder verbunden, da auch die per Lichtzeichenanlage geregelte Straßenquerung verlegt werden muss. Weiterhin wird durch die Verlegung ein kleiner Grünstreifen, bewachsen mit einem schönen Eichenbestand, vernichtet werden. Dieses ist nicht im Sinne der Bürger und des Naturschutzes!



Unverständlich ist dies vor allem deshalb, weil das Bezirksamt Wandsbek mit Hilfe der Politik derzeit einen Beschluss der Bezirksversammlung vom 25.02.2016 mit dem Titel „Mehr Natur in die Stadt“ umsetzt, um in jeder Bezirksregion Flächen für eine mit erheblichen Kosten einhergehende Renaturierung vorzusehen (siehe die Drucksache Nr. 20-3114). Die Verlegung der Haltestellen in der Meiendorfer Straße würde genau das Gegenteil bewirken: Eine sehr schön durchgrünte Fläche an der Straße würde vernichtet werden, obwohl die Haltestellenverlegung die Anwohner der Umgegend noch nicht einmal ernsthaft befürworten. Es wäre also möglich, statt an anderer Stelle Begrünungsmaßnahmen kostenaufwendig herzustellen, am aufgezeigten Ort unter Einsparung von Steuergeldern eine Grüninsel einfach zu erhalten!

Unverständlich ist für die Anwohner auch, dass die Einwohner auf die Eingabe keine Antwort erhalten haben. Der LSBG, der gesondert angeschrieben worden ist, wollte das Anliegen prüfen. Auch von dort ist bisher eine schriftliche Antwort nicht erfolgt. Auf der Tagesordnung des letzten WVA war jedoch die Schlussverschickung des Planungsvorhabens ohne eine Veränderung verzeichnet.

Hinzu kommt, dass sich die Anwohner in der Sackgasse unmissverständlich und in großer Anzahl dafür ausgesprochen haben, aus der Sackgasse eine Anliegerstraße zu machen. Abgesehen davon, dass dieses Vorhaben mit nahezu keinem Aufwand und vor allem ohne Kosten realisierbar ist, für den übrigen Verkehr keine Nachteile, sondern letztlich nur Vorteile ergibt, weil die „Irrläufer“ reduziert werden, hätte man diesem Wunsch längst – unabhängig von den übrigen Fragen – nachkommen können.

Dieser Umgang mit dem Anliegen einer Vielzahl von Bürgern stößt, vorsichtig formuliert, auf Befremden. Ich bitte deshalb, hier nun tätig zu werden.

Mit freundlichen Grüßen

